

VERVIELFÄLTIGUNG VERBODEN

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom 22.2.1982). Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei.

Die Übertragbarkeit der neu zu bildenden Grundstücksgrenzen in die Öffentlichkeit ist einwandfrei möglich.

Osnabrück, den 22. Juli 1982

KATASTERAMT
Im Auftrage:
Bunje

Katasteramt Osnabrück
Gemeinde Georgsmarienhütte, Stadt
Gemarkung Geseke
Flur 2
Gemarkungs-Nr. 202/205

Niedersächsische Vermessungs- und Katasterverwaltung
Auszug aus dem Flurkartenwerk
Maststab 1:1000
Druckdatum: 31.12.1980
Katasteramt
Im Auftrag:
Witt

PLANZEICHENERLAUTERUNG

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

- ALLGEMEINES WOHNGEBIET
- MISCHGEBIET
- GEMEINBEDARFSFLÄCHE TURN- UND MEHRZWECKHALLE

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

- 1 = GESCHOSSZAHL
- 2 = BAUWEISE
- 3 = GRUNDFLÄCHENZAHL (GRZ)
- 4 = GESCHOSSFLÄCHENZAHL (GFZ)
- HOCHSTGRENZE
- ZAHLE MIT KREIS = ZWINGEND
- ZAHLE OHNE KREIS = Z.B. II, IV ALS MINDEST- UND HOCHSTGRENZE
- NUR HAUSGRUPPEN ZULÄSSIG
- NUR EINZEL- UND DOPPELHAUSER ZULÄSSIG
- g = GESCHLOSSEN
- o = OFFEN

- BAUGRENZE
- ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE
- NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE

VERKEHRSFLÄCHEN (ÖFFENTLICH)

- VERKEHRSFLÄCHEN
- F = FUSSWEG
- A = ANLIEGER
- STRASSENABGRENZUNGSLINIE

VERKEHRSFLÄCHEN (PRIVAT)

- VERKEHRSFLÄCHEN MIT GEH- UND LEITUNGSRECHT ZUGUNSTEN DER ALLGEMEINHEIT
- F = FUSSWEG

VERSORGUNGSANLAGEN

- TRAFOSTATION
- FERNWÄRMEEANLAGEN

GRÜNFLÄCHEN

- GRÜNFLÄCHEN (PRIVAT)
- ANPFLANZUNG GEM. § 9 (1) 25a BBAUG

SONSTIGE DARSTELLUNGEN UND FESTSETZUNGEN

- GRENZE DES RAUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DES BEBAUUNGSPLANES
- ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER DACHNEIGUNG
- STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN
- LAUTERE MITTELACHSE DES HAUPTBAUKÖRPERS
- FIRSTRICHTUNG
- GARAGEN
- STELLPLÄTZE
- SICHTDREIECK HÖHENBESCHRÄNKUNG 0,80m ÜBER OK FERTIGER STRASSE (HINWEIS)
- MULLEMER

GESTALTERISCHE FESTSETZUNGEN

GEBAÜDEHÖHEN:
DIE HÖHE DER GEBAUDE ERGIBT SICH GEMESSEN VON DER OK FERTIGER FUSSBODEN DES ERDGESCHOSSES BIS ZUM SPARRANNSCHNITTPUNKT MIT DER AUSSENKANTE DES AUFGEHENDEN AUSSENMAUERWERKES FÜR DIE EINZELNEN GEBIETE WERDEN FOLGENDE GEBAÜDEHÖHEN FESTGESETZT:

IN DEN ZWINGEND III - GESCH. GEBIETEN	MIN 8,25m	MAX 9,00m
IN DEN II - IV - GESCH. GEBIETEN	MIN 5,50m	MAX 12,00m
IN DEN III - IV - GESCH. GEBIETEN	MIN 8,25m	MAX 12,00m
IN DEN IV - GESCH. GEBIETEN	MIN 8,25m	MAX 12,00m

DER SPARRANNSCHNITTPUNKT DARF NICHT HÖHER ALS 0,50m ÜBER OBERKANTE OBERSTER GESCHOSSDECKE LIEGEN.

DACHAUFBAUTEN (DACHGAUBEN) SIND NICHT ZULÄSSIG.

DIE DACHNEIGUNG UND DACHFORM SIND IM NEBENSTEHENDEN PLAN EINGETRAGEN.

ALLE NEBENANLAGEN UND GARAGEN SIND MIT FLACHDACH ZU BAUEN.

SD = SATTELDACH

AUF GRUND DES § 1 ABS. 3 UND DES § 10 DES BUNDESBBAUGESETZES (BBAUG) IN DER FASSUNG VOM 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256, BEI. S. 3617), ZULETZT GEÄNDERT DURCH ARTIKEL 1 DES GESETZES ZUR BESCHLEUNIGUNG VON VERFAHREN UND ZUR ERLEICHTERUNG VON INVESTITIONSVORHABEN IM STÄDTEBAURECHT VOM 06.07.1979 (I. BGBl. I S. 949) UND DER §§ 56 UND 97 DER NIEDERSÄCHSISCHEN BAUORDNUNG VOM 23.07.73 (NDS. GVBL. S. 259), ZULETZT GEÄNDERT DURCH ARTIKEL II DES ZWEITEN GESETZES ZUR ÄNDERUNG DES NIEDERSÄCHSISCHEN STRASSENGESETZES VOM 28.07.1980 (NDS. GVBL. S. 283), IN VERBINDUNG MIT § 1 DER NIEDERSÄCHSISCHEN VERORDNUNG ZUR DURCHFÜHRUNG DES BUNDESBBAUGESETZES (DVBBAUG) VOM 19.06.1978 (NDS. GVBL. S. 560) ZULETZT GEÄNDERT DURCH VERORDNUNG VOM 10.12.1980 (NDS. GVBL. S. 490) UND DES § 40 DER NIEDERSÄCHSISCHEN GEMEINDEORDNUNG IN DER FASSUNG VOM 18.10.1977 (NDS. GVBL. S. 497) ZULETZT GEÄNDERT DURCH GESETZ VOM 18.10.1980 (NDS. GVBL. S. 385).

HAT DER RAT DER STADT GEORGSMARIENHÜTTE DIE ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 138 BESTEHEND AUS DER PLANZEICHNUNG UND DEN NACHSTEHENDEN NEBENSTEHENDEN TEXT- UND LICHENFESTSETZUNGEN SOWIE DEN FOLGENDEN ORTLICHEN BAUVORSCHRIFTEN ÜBER DIE GESTALTUNG ALS SATZUNG BESCHLOSSEN:

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 6.8.82

Witt STADTDIREKTOR

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

DIE ABGRENZUNGSMAUER AUF DER WESTLICHEN GRUNDSTÜCKSGRENZE DES POLIZEI-DIENSTGEBAUDES DARF EINE HÖHE VON 2,50m NICHT ÜBERSCHREITEN. SIE IST BEIDSEITIG EINZUGRÜBEN ZWISCHEN DER GRENZMAUER UND DER WESTLICHEN BAUGRENZE IST DIE ERRICHTUNG EINGESCHOSSIGER GARAGEN ZULÄSSIG.

HÖHENLAGE DER GEBAUDE:
DIE OK FERTIGER FUSSBODEN DES ERDGESCHOSSES DARF NICHT HÖHER ALS MAX. 0,80m ÜBER DER OK-MITTE DES JEWEILIGEN FERTIGEN WOHNWEGES (JEWEILS GEMESSEN IN DER MITTE DER GEBAUDE) LIEGEN.

KENNZEICHNUNGEN, NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN UND HINWEISE
GEMÄSS § 9 (8) BBAUG WIRD NACHRICHTLICH DARAUF HINGEWIESEN, DASS MASS-NAHMEN ZUR VERWIRKLICHUNG DES PLANES SCHLIESSLICH DER KOSTEN DER DURCHFÜHRUNG IN DER BEGRÜNDUNG VOM 6.8.1982 DARGELEGT SIND.

ORDNUNGSWIDRIG HANDELT WER GEMÄSS § 6 (2) NDSO UND § 156 BBAUG VORSÄTZLICH ODER FAHRLÄSSIG DIESER SATZUNG ZUWIDERHANDELT. DIE ORDNUNGSWIDRIGKEIT KANN MIT EINER GELDBÜSSE BIS ZU 5000,- DM GEÄHNDET WERDEN.

DIESE SATZUNG TRITT MIT DER BEKANNTMACHUNG IN KRAFT. GLEICHZEITIG TRETEN ALLE ENTGEGENSTEHENDEN FESTSETZUNGEN DES URSPRUNG-PLANES HIERMIT AUSSER KRAFT.

RAT DER STADT HAT IN SEINER SITZUNG AM 17.12.1980 DEN ENTWURF DER ÄNDERUNG UND DER BEGRÜNDUNG ZUGESTIMMT UND DIE ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG GEM. § 24 ABS. 6 BBAUG BESCHLOSSEN. ORT UND DAUER DER ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG WURDEN AM 16.04.1982 ORTS-ÜBLICH BEKANNTGEMACHT.

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 26.04.1982

Witt STADTDIREKTOR

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 06.08.1982

Witt STADTDIREKTOR

DER RAT DER STADT HAT IN SEINER SITZUNG AM 15.06.1981 DEN ENTWURF DER ÄNDERUNG UND DER BEGRÜNDUNG ZUGESTIMMT UND DIE ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG GEM. § 24 ABS. 6 BBAUG BESCHLOSSEN. ORT UND DAUER DER ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG WURDEN AM 16.04.1982 ORTS-ÜBLICH BEKANNTGEMACHT.

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 26.04.1982

Witt STADTDIREKTOR

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 06.08.1982

Witt STADTDIREKTOR

DER RAT DER STADT HAT IN SEINER SITZUNG AM 15.06.1981 DEN ENTWURF DER ÄNDERUNG UND DER BEGRÜNDUNG ZUGESTIMMT UND DIE ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG GEM. § 24 ABS. 6 BBAUG BESCHLOSSEN. ORT UND DAUER DER ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG WURDEN AM 16.04.1982 ORTS-ÜBLICH BEKANNTGEMACHT.

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 26.04.1982

Witt STADTDIREKTOR

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 06.08.1982

Witt STADTDIREKTOR

DER RAT DER STADT HAT IN SEINER SITZUNG AM 15.06.1981 DEN ENTWURF DER ÄNDERUNG UND DER BEGRÜNDUNG ZUGESTIMMT UND DIE ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG GEM. § 24 ABS. 6 BBAUG BESCHLOSSEN. ORT UND DAUER DER ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG WURDEN AM 16.04.1982 ORTS-ÜBLICH BEKANNTGEMACHT.

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 26.04.1982

Witt STADTDIREKTOR

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 06.08.1982

Witt STADTDIREKTOR

DER RAT DER STADT HAT IN SEINER SITZUNG AM 15.06.1981 DEN ENTWURF DER ÄNDERUNG UND DER BEGRÜNDUNG ZUGESTIMMT UND DIE ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG GEM. § 24 ABS. 6 BBAUG BESCHLOSSEN. ORT UND DAUER DER ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG WURDEN AM 16.04.1982 ORTS-ÜBLICH BEKANNTGEMACHT.

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 26.04.1982

Witt STADTDIREKTOR

OSNABRÜCK, DEN 30. AUG. 1982

Witt STADTDIREKTOR

DER RAT DER STADT HAT IN SEINER SITZUNG AM 15.06.1981 DEN ENTWURF DER ÄNDERUNG UND DER BEGRÜNDUNG ZUGESTIMMT UND DIE ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG GEM. § 24 ABS. 6 BBAUG BESCHLOSSEN. ORT UND DAUER DER ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG WURDEN AM 16.04.1982 ORTS-ÜBLICH BEKANNTGEMACHT.

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 26.04.1982

Witt STADTDIREKTOR

DER RAT DER STADT IST DEN IN DER GENEHMIGUNGSVERFUGUNG VOM 30.09.82 IM ARTIKEL 1 DES LANDKREISES OSNABRÜCK BEZUG NEHMENDEN BEBAUUNGSPLAN NR. 138 GEM. § 11 IN VERBINDUNG MIT § 6 ABS. 2 BIS 4 BBAUG GENEHMIGT.

OSNABRÜCK, DEN 30.09.82

Witt STADTDIREKTOR

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 13.10.1982

Witt STADTDIREKTOR

DER RAT DER STADT HAT IN SEINER SITZUNG AM 15.06.1981 DEN ENTWURF DER ÄNDERUNG UND DER BEGRÜNDUNG ZUGESTIMMT UND DIE ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG GEM. § 24 ABS. 6 BBAUG BESCHLOSSEN. ORT UND DAUER DER ÖFFENTLICHEN AUSLEGUNG WURDEN AM 16.04.1982 ORTS-ÜBLICH BEKANNTGEMACHT.

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 26.04.1982

Witt STADTDIREKTOR

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 05.07.1988

Witt STADTDIREKTOR

INNERHALB EINES JAHRES NACH INKRAFTTRETEN DER ÄNDERUNG IST DIE VERLETZUNG VON VERFAHRENS- ODER FORMVORSCHRIFTEN BEIM ZUSTANDKOMMEN DER ÄNDERUNG NICHT GELTEND GEMACHT WORDEN.

1. ÄNDERUNG ZUM
BEBAUUNGSPLAN NR. 138
"KULTURZENTRUM"
DER STADT GEORGSMARIENHÜTTE
LANDKREIS OSNABRÜCK

Innerhalb von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Baugesetzbuches sind Mängel in der Abwägung nicht geltend gemacht worden.

Georgsmarienhütte, 06.07.1994

Witt STADTDIREKTOR

PLANUNGSBÜRO NOLTE+HUTKER
OSNABRÜCK, HOLSTENSTRASSE 1
STÄDTISCHES BAUREFERAT
OSNABRÜCK, KÖNIGSTRASSE 1

BEARBEITET GEÄNDERT
1.4.1981

AUF GRUND DES § 1 ABS. 3 UND DES § 10 DES BUNDESBAUGESETZES (BBAUG) IN DER FASSUNG VOM 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256, BER. S. 3617), ZULETZT GEÄNDERT DURCH ARTIKEL 1 DES GESETZES ZUR BESCHLEUNIGUNG VON VERFAHREN UND ZUR ERLEICHTERUNG VON INVESTITIONSVORHABEN IM STÄDTEBAURECHT VOM 06.07.1979 (BGBl. I S. 949) UND DER §§ 56 UND 97 DER NIEDERSÄCHSISCHEN BAUORDNUNG VOM 23.07.73 (NDS. GVBL. S. 259), ZULETZT GEÄNDERT DURCH ARTIKEL II DES ZWEITEN GESETZES ZUR ÄNDERUNG DES NIEDERSÄCHSISCHEN STRASSENGESETZES VOM 29.07.1980 (NDS. GVBL. S. 283), IN VERBINDUNG MIT § 1 DER NIEDERSÄCHSISCHEN VERORDNUNG ZUR DURCHFÜHRUNG DES BUNDESBAUGESETZES (DVBBaug) VOM 19.06.1978 (NDS. GVBL. S. 560), ZULETZT GEÄNDERT DURCH VERORDNUNG VOM 10.12.1980 (NDS. GVBL. S. 490) UND DES § 40 DER NIEDERSÄCHSISCHEN GEMEINDEORDNUNG IN DER FASSUNG VOM 18.10.1977 (NDS. GVBL. S. 497), ZULETZT GEÄNDERT DURCH GESETZ VOM 18.10.1980 (NDS. GVBL. S. 385)

HAT DER RAT DER STADT GEORGSMARIENHÜTTE
DIE ¹ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 138 BESTEHEND
AUS DER PLANZEICHNUNG UND DEN NACHSTEHENDEN/NEBENSTEHENDEN TEXT-
LICHEN FESTSETZUNGEN SOWIE DEN FOLGENDEN ÖRTLICHEN BAUVORSCHRIFTEN
ÜBER DIE GESTALTUNG ALS SATZUNG BESCHLOSSEN:

GEORGSMARIENHÜTTE, DEN 6.8.82

BÜRGERMEISTER



STADTDIREKTOR

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

DIE ABGRENZUNGSMAUER AUF DER WESTLICHEN GRUNDSTÜCKSGRENZE DES POLIZEI-DIENSTGEBÄUDES DARF EINE HÖHE VON 2,50m NICHT ÜBERSCHREITEN. SIE IST BEIDSEITIG EINZUGRÜNEN. ZWISCHEN DER GRENZMAUER UND DER WESTLICHEN BAUGRENZE IST DIE ERRICHTUNG EINGESCHOSSIGER GARAGEN ZULÄSSIG.

HÖHENLAGE DER GEBÄUDE:

DIE OK. FERTIGER FUSSBODEN DES ERDGESCHOSSES DARF NICHT HÖHER ALS MAX. 0,80m ÜBER DER OK-MITTE DES JEWELIGEN FERTIGEN WOHNWEGES (JEWELIS GEMESSEN IN DER MITTE DER GEBÄUDE) LIEGEN.

GESTALTERISCHE FESTSETZUNGEN

GEBÄUDEHÖHEN:

DIE HÖHE DER GEBÄUDE ERGIBT SICH GEMESSEN VON DER O.K. FERTIGER FUSSBODEN DES ERDGESCHOSSES BIS ZUM SPARRENANSCHNITTPUNKT MIT DER AUSSENKANTE DES AUFGEHENDEN AUSSENMAUERWERKES
FÜR DIE EINZELNEN GEBIETE WERDEN FOLGENDE GEBÄUDEHÖHEN FESTGESETZT:

IN DEN ZWINGEND	III - GESCH. GEBIETEN	MIN. 8,25 m	MAX. 9,00 m
IN DEN	II - IV - GESCH. GEBIETEN	MIN. 5,50 m	MAX. 12,00 m
IN DEN	III - IV - GESCH. GEBIETEN	MIN. 8,25 m	MAX. 12,00 m
IN DEN	IV - GESCH. GEBIETEN		MAX. 12,00 m

DER SPARRENANSCHNITTPUNKT DARF NICHT HÖHER ALS 0,60 m ÜBER OBERKANTE OBERSTER GESCHOSSDECKE LIEGEN.

DACHAUFBAUTEN (DACHGAUBEN) SIND NICHT ZULÄSSIG.

DIE DACHNEIGUNG UND DACHFORM SIND IM NEBENSTEHENDEN PLAN EINGETRAGEN
ALLE NEBENANLAGEN UND GARAGEN SIND MIT FLACHDACH ZU BAUEN.

SD = SATTELDACH

KENNZEICHNUNGEN, NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN UND HINWEISE

GEMÄSS § 9(8) BBAUG WIRD NACHRICHTLICH DARAUF HINGEWIESEN, DASS MASS-
NAHMEN ZUR VERWIRKLICHUNG DES PLANES EINSCHLIESSLICH DER KOSTEN DER
DURCHFÜHRUNG IN DER BEGRÜNDUNG VOM 6.8.1982 DARGELEGT SIND.

ORDNUNGSWIDRIG HANDELT WER GEMÄSS § 6(2) NGO UND § 156 BBAUG VORSÄTZLICH
ODER FAHRLÄSSIG DIESER SATZUNG ZUWIDERHANDELT DIE ORDNUNGSWIDRIGKEIT
KANN MIT EINER GELDBUSSE BIS ZU 5000,- DM GEAHNDET WERDEN

DIESE SATZUNG TRITT MIT DER BEKANNTMACHUNG IN KRAFT.
GLEICHZEITIG TRETEN ALLE ENTGEGENSTEHENDEN FESTSETZUNGEN DES URSPRUNG-
PLANES HIERMIT AUSSER KRAFT.

Textliche Festsetzungen zum Bebauungsplan Nr. 138.1 Kulturzentrum

1. Änderung einschließlich Örtlicher Bauvorschrift über Gestaltung

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) in der Fassung vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949) und der §§ 56 und 97 der Niedersächsischen Bauordnung vom 23.07.73 (Nds. GVBl. S. 259) zuletzt geändert durch Artikel II des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Straßengesetzes vom 29.07.1980 (Nds. GVBl. S. 283) in Verbindung mit § 1 der Niedersächsischen Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes (DVBBauG) vom 19.06.1978 (Nds. GVBl. S. 560) zuletzt geändert durch Verordnung vom 10.12.1980 (Nds. GVBl. S. 490) und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 18.10.1977 (Nds. GVBl. S. 497) zuletzt durch Gesetz vom 18.10.1980 (Nds. GVBl. S. 385) hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 138 bestehend aus der Planzeichnung und den nachstehenden/nebenstehenden Textlichen Festsetzungen sowie den folgenden Örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung als Satzung beschlossen.

Georgsmarienhütte, den 6.8.1982

gez. Siepelmeyer
Bürgermeister

S

gez. Rolfes
Stadtdirektor

Textliche Festsetzungen

Die Abgrenzungsmauer auf der westlichen Grundstücksgrenze des Polizeidienstgebäudes darf eine Höhe von 2,50 m nicht überschreiten.

Sie ist beidseitig einzugrünen. Zwischen der Grenzmauer und der westlichen Baugrenze ist die Errichtung eingeschossiger Garagen zulässig.

Höhenlage der Gebäude:

Die OK fertiger Fußboden des Erdgeschosses darf nicht höher als max. 0,80 m über der OK-Mitte des jeweiligen fertigen Wohnweges (Jeweils gemessen in der Mitte der Gebäude) liegen.

Gestalterische Festsetzungen

Gebäudehöhen:

Die Höhe der Gebäude ergibt sich gemessen von der OK fertiger Fußboden des Erdgeschoßes bis zum Sparrenanschnittspunkt mit der Außenkante des aufgehenden Außenmauerwerkes.

Für die einzelnen Gebiete werden folgende Gebäudehöhen festgesetzt.

In den zwingend III – gesch. Gebieten	min. 8,25 m	max. 9,00 m
In den II – IV – gesch. Gebieten	min. 5,50 m	max. 12,00 m
In den III – IV – gesch. Gebieten	min. 8,25 m	max. 12,00 m
In den IV – gesch. Gebieten		max. 12,00 m

Der Sparrenanschnittspunkt darf nicht höher als 0,60 m über Oberkante oberster Geschoßdecke liegen.

Dachaufbauten (Dachgauben) sind nicht zulässig.

Die Dachneigung und Dachform sind im nebenstehenden Plan eingetragen.

Alle Nebenanlagen und Garagen sind mit Flachdach zu Bauen.

SD = Satteldach

Kennzeichnungen, Nachrichtliche Übernahmen und Hinweise

Gemäß § 9 (8) BBauG wird nachrichtlich Darauf hingewiesen das Maßnahmen zur Verwirklichung des Planes einschließlich der Kosten der Durchführung in der Begründung vom 6.8.1982 dargelegt sind.

Ordnungswidrig handelt wer gemäß § 6 (2) NGO und § 156 BBauG vorsätzlich oder fahrlässig dieser Satzung zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis 5000,00 DM geahndet werden.

Diese Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig treten alle entgegenstehenden Festsetzungen des Ursprungsplanes hiermit außer Kraft.